

Niederschrift

über die **47. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr
am Donnerstag, 26.08.2010, 17.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Radroutenprogramm in Kassel bis Ende 2010 fertig stellen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2007
Bericht des Magistrats
101.16.459
2. Gewerbeflächen Kassel 101.16.1719
3. Verkehrsinsel Kohlenstraße 101.16.1732
4. Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine 101.16.1741
5. Sanierung Jugendherberge 101.16.1743
6. Gewerbeflächenentwicklung in Kassel. Hier Brachflächen. 101.16.1761
7. Folgenutzung der JVA III ("Elwe") 101.16.1763
8. Schäden an der Altmarktbrücke 101.16.1773
9. Verkehrsinfrastruktur "Langes Feld" 101.16.1774
10. Interkommunales Gewerbegebiet Flughafen Kassel-Calden 101.16.1785
11. Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsinstrument nutzen 101.16.1812
12. Kreuzungsumbau Loßbergstraße vorstellen 101.16.1813
13. Querungshilfe für Fußgänger Obervellmarsche Straße/Höhe
Firnskuppenstraße 101.16.1820
Es ist beabsichtigt, nachfolgenden Tagesordnungspunkt in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.
14. Umlegungsverfahren Langes Feld 101.16.1798

1. stellvertretender Vorsitzender Zeidler eröffnet die mit der Einladung vom 19.08.2010 ordnungsgemäß einberufene 47. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtrat Dr. Lohse beantragt, die Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Umlegungsverfahren Langes Feld, 101.16.1798 (TOP 11 der Einladung vom 19.08.2010) unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt dazu bekannt, dass der Beschluss darüber vor Aufruf des Tagesordnungspunktes erfolgen wird. Der betreffende Tagesordnungspunkt wird an den Schluss der Tagesordnung gesetzt und wird somit zum TOP 14 der Niederschrift. Die TOP 12 bis 14 in der Tagesordnung werden zu TOP 11 bis 13 in der Niederschrift.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, so dass 1. stellv. Vorsitzender Zeidler die Tagesordnung in der geänderten Form feststellt.

- 1. Radroutenprogramm in Kassel bis Ende 2010 fertig stellen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2007
Bericht des Magistrats
101.16.459**

Beschluss

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, bis Ende 2010 das bereits seit Anfang der 90er Jahre laufende Radroutenprogramm in Kassel fertig zu stellen. Für den Bereich des ICE-Bahnhofs wird gesondert nach einer Lösung gesucht. Zudem sollen die bereits bestehenden Routen, wo dies nötig ist, saniert und besser ausgeschildert werden. Für diese Maßnahmen sind die nötigen Mittel in den nächsten Jahren im Haushalt bereit zu stellen. Der Arbeitskreis Radverkehr (Radlerrunde) soll bei den Planungen konsequent beteiligt werden. Der Magistrat soll dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr jährlich über den Fortgang der Arbeiten und die noch ausstehenden Tätigkeiten zur Erreichung dieses Zieles berichten.

Radverkehrsbeauftragter Späth, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt, erläutert ausführlich den Radroutenplan und beantwortet anschließend Fragen der Ausschussmitglieder. Ein Fahrradstadtplan wird nach Fertigstellung in den nächsten Wochen jeweils den Fraktionen zugeleitet werden.

2. Gewerbeflächen Kassel
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1719 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele freie Gewerbeflächen (einschließlich der Flächen, die für Firmen reserviert werden) sind derzeit in den unten aufgeführten Gewerbegebieten vorhanden?
2. Wie viele dieser Flächen (in Menge und in Flächengröße) werden für einzelne Firmen vorgehalten (Reservierungen)?
3. Wie lange sind die Fristen bei solchen Reservierungen, in denen die Firmen erklären müssen, ob sie die vorgehaltene Fläche erwerben wollen. (Bitte um Liste mit Angabe der Firmen.)
4. Wie viele dieser Reservierungen sind in den letzten fünf Jahren in Anspruch genommen worden?
5. Wie viele dieser Reservierungen sind von den Firmen aufgegeben bzw. von der Stadt Kassel zurückgezogen worden?

Liste der Gewerbegebiete:

Kassel, Industriepark Waldau
Lohfelden - Kassel, "Am Lohfeldener Rüssel"
Kassel, Technologiepark Marbachshöhe
Kassel, Unterneustadt
Güterverkehrszentrum

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats den Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist.

Nach kurzer Aussprache stellt 1. stellv. Vorsitzender Zeidler fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

3. Verkehrsinsel Kohlenstraße

Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.16.1732 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche genauen Gründe gibt es für den Bau einer Verkehrsinsel in der Kohlenstr. auf der Höhe des Lidl-Marktes?
2. Warum sind die Signalanlagen Am Heimbach und Hupfeldstr, jeweils ca. 200 m entfernt nicht ausreichend?
3. Wie viele Unfälle mit
 - a) Personenschäden mit Fahrzeug ohne Fahrzeug
 - b) Sachschädengibt es seit Bestehen des Lidl-Marktes?
4. Gab es Verkehrszählungen für diesen Bereich?
Wenn ja, wie lautet das Ergebnis der Verkehrszählung jeweils in beiden Richtungen zu unterschiedlichen Tageszeiten?
5. Werden durch den Rückbau auf eine Fahrspur Verkehrsbehinderungen/ ein Rückstau erwartet?
 - a) Ist dadurch mit höherem Verkehrslärm und Schadstoffausstoß zu rechnen?
Wenn ja, wie wird der Magistrat Abhilfe schaffen?
6. Werden Verkehrsverlagerungen auf die Straßen Am Heimbach/Sternbergstraße erwartet?
 - a) Wenn ja, wie wird der Magistrat Abhilfe schaffen?
7. Wann wird mit dem Bau begonnen?
8. Gab es zwischen der Stadt Kassel und dem Discounter Gespräche über eine Kostenbeteiligung an diesem Projekt?
Wenn ja. Mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats den Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist.

Nach kurzer Aussprache stellt 1. stellv. Vorsitzender Zeidler fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

4. Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1741 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Parkscheine, die an den städtischen oberirdischen Parkscheinautomaten im so genannten Innenstadtquadranten gelöst werden, für die Dauer ihrer Gültigkeit gleichzeitig zu Fahrkarten zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtnetz Kassel werden.

Für die Möglichkeit der Nutzung des ÖPNV wird ein Teil der eingenommenen Parkgebühr zur Zahlung der Leistung an den Träger des Verkehrs gezahlt. Die bisherige Höhe der Parkgebühren bleibt unverändert. Der Magistrat wird beauftragt, in Gesprächen mit der Kasseler Verkehrsgesellschaft über die Höhe des zu zahlenden ÖPNV-Anteils für dieses Kombiticket eine Vereinbarung zu treffen.

Stadtverordneter Kalb begründet den Antrag der CDU-Fraktion und ändert diesen nach erfolgter Aussprache auf Vorschlag des Stadtverordneten Rönz, Fraktion B90/Grüne, wie folgt ab:

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten **zu prüfen, ob** alle Parkscheine, die an den städtischen Parkscheinautomaten im so genannten Innenstadtquadranten gelöst werden, für die Dauer ihrer Gültigkeit gleichzeitig zu Fahrkarten zur Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtnetz Kassel werden.

Für die Möglichkeit der Nutzung des ÖPNV wird ein Teil der eingenommenen Parkgebühr zur Zahlung der Leistung an den Träger des Verkehrs gezahlt. Die bisherige Höhe der Parkgebühren **sollte unverändert bleiben**. Das Prüfergebnis ist im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen, insbesondere im Hinblick auf verkehrliche und finanzielle Folgen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine, 101.16.1741, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rudolph

5. Sanierung Jugendherberge

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1743 -

Anfrage

Nachdem die Mittel für die Sanierung der Jugendherberge aus dem Haushalt gestrichen wurden fragen wir den Magistrat:

1. Wie hoch wäre der nun der regionalen Wirtschaft möglicherweise als Auftragsvolumen entgangene Anteil (in Euro) gewesen, den der Trägerverein der Jugendherberge für eine Sanierung bereitgestellt hätte?
2. Wann wurde letztmalig mit dem Trägerverein über das Sanierungsvorhaben gesprochen und mit welchem Ergebnis?
3. Welche zeitliche Perspektive sieht der Magistrat für die Umsetzung des Sanierungsvorhabens?
4. Wie bewertet der Magistrat die Bedeutung von Kassels einziger Jugendherberge als preiswerte Übernachtungsmöglichkeit für junge Menschen?

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats den Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist.

Nach ausführlicher Aussprache stellt 1. stellv. Vorsitzender Zeidler fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

6. Gewerbeflächenentwicklung in Kassel. Hier Brachflächen.

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1761 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie stellt sich der aktuelle Sachstand der Gewerbebrachflächen dar?
2. Welche Veränderungen gibt es seit 2005?
(Antwort vom 07.03.2005 von -63 – auf Vorlage Nr. 107.15.22)
3. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat diese Brachflächen zu aktivieren?
4. Sieht der Magistrat Möglichkeiten mit den Zweckverbandsgemeinden einen gemeinsamen Brachflächenpool zu schaffen?
5. Welche Chancen räumt der Magistrat einer Initiative ein, auf den Landesgesetzgeber einzuwirken, Mittel für einen Brachflächenpool zur Verfügung zu stellen?
6. Gibt es aktuelle Möglichkeiten, Fördermittel für Brachflächensanierung zu akquirieren?

Stadtverordneter Beig begründet die Anfrage der Fraktion B90/Grüne.

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats den Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist und stellt nach kurzer Aussprache fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

7. Folgenutzung der JVA III ("Elwe")

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1763 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Was hat die Stadt Kassel bislang unternommen, um mit dem Land Hessen über eine Folgenutzung o.a. Immobilie zu verhandeln?
2. Zu welchen Ergebnissen haben Gespräche mit dem Ortsbeirat und der Universität geführt?
3. Hat der Magistrat eigene Vorstellungen über die Folgennutzung?
4. Kann der Sportraum (150 m²) kurzfristig für Schulen und Vereine genutzt werden?
5. Wie ist der Stand für ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept des gesamten Areals von Wallstr/Pulvermühlenweg bis zum Sommerweg?

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats den Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist und stellt nach kurzer Aussprache fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

8. Schäden an der Altmarktbrücke

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.1773 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass an der Fuldabrücke (Altmarkt) massive Bauwerkschäden festgestellt wurden?
2. Wann wurden diese festgestellt?
3. Um welche Art von Schäden handelt es sich?
4. Wird die Tragfähigkeit der Brücke so beeinträchtigt, dass eine Ablastung analog zur Hafensbrücke erforderlich werden könnte?
5. Welche Maßnahmen plant der Magistrat in welchem Zeitraum, um die Tragfähigkeit der Brücke sicherzustellen?
6. Was würde eine Beseitigung der Schäden kosten?

1. stellv. Vorsitzender Zeidler gibt bekannt, dass die schriftliche Antwort des Magistrats den Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen ist und stellt nach kurzer Aussprache fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt ist.

9. Verkehrsinfrastruktur "Langes Feld"

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1774 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie schätzt der Magistrat die von der BI Langes Feld in Auftrag gegebene Studie zum Verkehrsaufkommen ein?
2. Welche Folgen für die Verkehrsinfrastruktur hätten die im „alternativen“ Gutachten genannte Beschäftigtenzahl von 6.256 (statt 3.980)?
3. Reichen die jetzt vorliegenden Leistungsfähigkeitsnachweise für die Knotenpunkte aus, falls die Beschäftigtenzahl größer als 3.980 sind?
4. Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen den Aussagen einer sinkenden Verkehrsbelastung der A 49 (im „städtischen“ Gutachten) und Prognosen nach Fertigstellung der A 49, die von einer Zunahme von ca. 30.000 Kfz/24 h ausgehen?
5. Welche Maßnahmen sind geplant, das Gewerbegebiet mit dem ÖPNV zu erschließen? (Straßenbahn, Regiotram und/oder Bus?)

Nach kurzer Aussprache stellt 1. stellv. Vorsitzender Zeidler fest, dass der Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt und die schriftliche Antwort des Magistrats den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugehen wird.

10. Interkommunales Gewerbegebiet Flughafen Kassel-Calden

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1785 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Gibt es eine Initiative des Magistrats, des Zweckverbandes Raum Kassel oder der Gemeinde Calden, ein „Interkommunales Gewerbegebiet Flughafen Kassel-Calden“ zu initiieren?
2. Falls ja, welchen Charakter (Nutzerstruktur) müsste dieses Gewerbegebiet erfüllen und welche Infrastrukturmaßnahmen wären für einen Betrieb notwendig?
3. Welche rechtlichen und vertraglichen Voraussetzungen müssten für dieses Ziel geschaffen werden?

Stadtrat Dr. Lohse beantwortet die Anfrage der Fraktion B90/Grüne und sagt die Antwort nochmals in schriftlicher Form als Anlage zur Niederschrift zu.

1. stellv. Vorsitzender Zeidler erklärt den Tagesordnungspunkt daraufhin für erledigt.

11. **Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsinstrument nutzen**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1812 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit allen Ortsbeiräten zukünftig rechtzeitig Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsmittel zur Verhinderung nicht erwünschter bzw. der Entwicklung von städtischen Quartieren abträglicher Nutzungen einzusetzen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr ist in geeigneter Form über alle die Gebiete zu informieren, in denen möglicher Handlungsbedarf wegen veralteter bzw. fehlender Bebauungspläne besteht.

Stadtverordneter Kalb begründet den Antrag der CDU-Fraktion und ändert diesen auf Anregung der Stadtverordneter Lappöhn, SPD-Fraktion, ab, indem im letzten Satz des Antrages die Worte „in geeigneter Form“ gestrichen werden.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit allen Ortsbeiräten zukünftig rechtzeitig Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsmittel zur Verhinderung nicht erwünschter bzw. der Entwicklung von städtischen Quartieren abträglicher Nutzungen einzusetzen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr ist über alle die Gebiete zu informieren, in denen möglicher Handlungsbedarf wegen veralteter bzw. fehlender Bebauungspläne besteht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Bebauungspläne als städtebauliches Steuerungsinstrument nutzen, 101.16.1812, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in:

Stadtverordneter Kalb

12. Kreuzungsumbau Loßbergstraße vorstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1813 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Straßenumbau und –erweiterungsvorhaben Loßbergstraße spätestens im November im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorzustellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kreuzungsumbau Loßbergstraße vorstellen, 101.16.1813, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Beig

13. Querungshilfe für Fußgänger Obervellmarsche Straße/Höhe Firnskuppenstraße

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1820 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 14 bittet 1. stellv. Vorsitzender Zeidler die anwesenden Gäste den Raum zu verlassen, da bereits die Beratung des Antrages auf Behandlung des Punktes in nicht öffentlicher Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen muss.

Nach Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung gibt 1. stellv. Vorsitzender Zeidler in öffentlicher Sitzung bekannt, dass der Tagesordnungspunkt

14. Umlegungsverfahren Langes Feld
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1798 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wird. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18.55 Uhr

Volker Zeidler
1. stellvertretender Vorsitzender

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 47. öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr

am Donnerstag, 26.08.2010, 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Alfons Spitzenberg, CDU
Vorsitzender

Alfons Spitzenberg

Volker Zeidler, SPD
1. stellvertretender Vorsitzender

Volker Zeidler

Dieter Beig, B90 / Grüne
2. stellvertretender Vorsitzender

Dieter Beig

Dr. Monika Junker-John, SPD
Mitglied

Monika Junker-John

Ellen Lappöhn, SPD
Mitglied

Ellen Lappöhn

Wolfgang Rudolph, SPD
Mitglied

Wolfgang Rudolph

Harry Völler, SPD
Mitglied

Harry Völler

Dominique Kalb, CDU
Mitglied

Dominique Kalb

Wolfram Kieselbach, CDU
Mitglied

Wolfram Kieselbach

Lutz Schmidt, CDU
Mitglied

Lutz Schmidt

Gernot Rönz, B90 / Grüne
Mitglied

Gernot Rönz

Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

Norbert Domes

Margret Müller, FDP
Mitglied

Margret Müller

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter



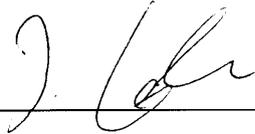
Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Pasquale Malva,
Vertreter des Ausländerbeirates

entsch.

Magistrat

Dr. Joachim Lohse, parteilos
Stadtrat

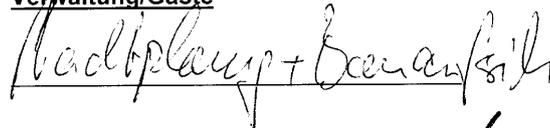


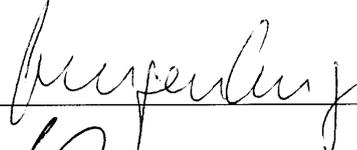
Schriftführung

Elisabeth Spangenberg,
Schriftführerin

Spangenberg

Verwaltung/Gäste





WITTRICK, KRI LORENZ/WFG

Wi.

Späth, Gerhard

-66-

Heinze Leisner

Zele

Lehn Gohl

-66-

Böttger, H.

OV Ndez.

Ullrich, Joha

OV Ndez.

Christian Piesche

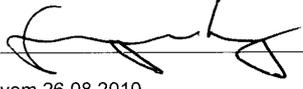
Wald Müller -16-111

Wald Müller

Dietz Paul

PP NH Dir-VS

Spangenberg, Martin -23-





Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 26.08.2010

Beigefügt übersende ich die schriftlichen Antworten zu den Anfragen:

- Gewerbeflächen Kassel, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1719
- ~~Verkehrsmittelstraße, Anfrage der FDP-Fraktion, 101.16.1700~~
- ~~Schließung Jugendherberge, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1742~~
- ~~Gewerbeflächenentwicklung in Kassel, Hier: Brachflächen., Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1701~~
- ~~Folgerwaltung der JVA III („Fluss“), Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1763~~
- ~~Schaden an der Altmarktbrücke, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1773~~

Dr. Joachim Lohse
Stadtrat

Anlagen

**WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
REGION KASSEL GmbH**

ausgearbeitet:

✓ abgesandt: Fax

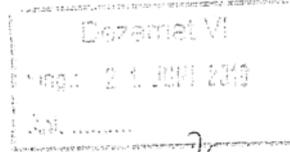
21.6.10

Kopie

- 63 -

Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH · Kurfürstenstr. 9 · D-34117 Kassel

Stadt Kassel
Dezernat VI
Dezernat für Verkehr, Umwelt,
Stadtentwicklung u. Bauen
Herrn Stadtrat Dr. Joachim Lohse
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel



Fax: 0561 787 2216

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

 Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
vT/Km

 Datum
21.06.2010

Ihr Schreiben vom 31.05.2010

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Gewerbeflächen in Kassel

Zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 24.06.2010

Sehr geehrter Herr Dr. Lohse,

folgende Stellungnahmen bezüglich der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
können wir Ihnen zur Verfügung stellen:

- Lohfeldener Rüssel - Stellungnahme von Herrn Wenigmann, Kämmererleiter Gemeinde Lohfelden:**
 Im interkommunalen Gewerbegebiet Lohfeldener Rüssel sind derzeit noch 11,9 ha Gewerbeflächen frei. Hiervon sind derzeit 4,9 ha von 4 Firmen reserviert. Die Reservierung kann individuell zwischen 3 und 6 Monaten betragen. Die Firmen bitten bei Reservierung um Diskretion bezüglich ihrer Reservierung, daher keine Bekanntgabe der Namen möglich. Im Lohfeldener Rüssel wurde bisher erst eine Reservierung (rd. 3,9 ha) von einer Firma wieder zurück genommen (Daimler Benz). Diese Fläche konnte aber anderweitig wieder reserviert werden. Von Lohfelden (Liegenschaftsabteilung) wurde bisher keine Reservierung aufgehoben.
- Güterverkehrszentrum (GVZ) - Stellungnahme von Herrn Krieger, ZRK Kassel:**
 Das Projekt GVZ verfügt noch über ca. 10 ha Reserveflächen (größte Fläche ca. 2,5 ha). Wir stehen in konkreten Verhandlungen mit einem Interessenten, der sich für eine ca. 2 ha große Fläche interessiert (parallel ist eine ähnlich große Fläche in Kassel-Waldau im Gespräch). Unbebaut sind auch noch die Flächen von Gazeley für die Erweiterung ihres Magna-Parks um die Hallen (units) 5 bis 7. Eine Erweiterung des GVZ-Geländes um weitere ca. 10 ha wird von uns vorbereitet.
- Stadt Kassel - Stellungnahme von Herrn v. Alm, Liegenschaftsamt:**
 Im Industriepark Kassel-Waldau sind derzeit noch sechs städtische Restflächen (Grundstücksgößen von 6.500 m² bis 21.000 m²) mit einer Größe von insgesamt 6,85 ha von ursprünglich 220 ha Gesamtfläche im Angebot. Hierbei handelt es sich um keine 1-A-Flächen sondern schlecht geschnittene Restgrundstücke. Wegen der direkten Autobahnanbindung besteht trotzdem reges Interesse an den Flächen. Der Verkauf einer Fläche steht kurz bevor. Für zwei weitere Flächen konkretisieren sich die Verhandlungen.

Kurfürstenstr. 9 · D-34117 Kassel
Tel.: 0561/707 33 - 0 · Fax: 0561/707 33 - 59
E-Mail: info@wfg-kassel.de · www.wfg-kassel.de

Geschäftsführer: Thilo von Trott zu Solz
Amtsgericht Kassel HRB 4802

Gesellschafter: Stadt Kassel, Landkreis Kassel,
Kasseler Sparkasse, Kasseler Bank eG,
IHK Kassel, Handwerkskammer Kassel

Bankverbindung:
Kasseler Sparkasse · BLZ 520 503 53 · Kto. 131 759

Für eine weitere Fläche besteht das Interesse eines benachbarten Grundstückseigentümers an einer Erweiterung. Schriftliche Reservierungen mit Fristen werden keine vergeben. Damit ist die Stadt Kassel flexibel beim Verkauf der Grundstücke. Sollte für eine Fläche ein weiterer Interessent konkrete Erwerbsabsichten haben, wird mit den zeitlich vorrangigen Interessenten ein Gespräch geführt mit dem Ziel, kurzfristig einen Grundstücksvertrag abzuschließen oder das Grundstück freizugeben. Mit dieser Regelung hat das Liegenschaftsamt gute Erfahrungen gemacht. Sollte einer Firma diese „lockere“ Reservierung nicht ausreichen, besteht auch die Möglichkeit gegen Entgelt eine Option zu erteilen. In den letzten Monaten sind mehrere Interessenten aus unterschiedlichsten Gründen vom Grundstückskauf zurückgetreten (teilweise wegen restriktiver Kreditvergabe). Aus datenschutzrechtlichen Gründen können wir keine Liste mit Angaben der Firmen übersenden. Die Stadt Kassel hat in den letzten fünf Jahren durchschnittlich 7,3 ha Gewerbegrundstücke pro Jahr verkauft. Die Grundstücke im Gewerbegebiet Dresdner Straße sind bereits abverkauft. Trotz der Nachteile der verbliebenen Restflächen gehen wir davon aus, dass alle Flächen kurzfristig veräußert werden. Daher ist es aus Sicht des Liegenschaftsamtes dringend erforderlich, dass neue Gewerbeflächen im „Langen Feld“ ausgewiesen werden.

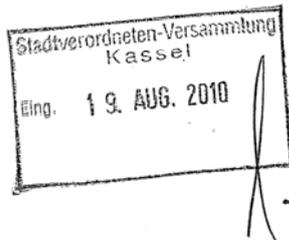
4. **Unterneustadt - Stellungnahme von Frau Gerhold, Planungsamt Stadt Kassel:**
Der Stadtteil Unterneustadt hat nur einen geringen Teil an Gewerbeflächen, die nicht zusammenhängend sind. Sie befinden sich nördlich der Scharnhorststraße bis zum Gebiet des ehemaligen Hafens, nördlich der Dresdner Straße, dort umfassen sie das Gelände um das Müllheizkraftwerk und südlich des Platzes der Deutschen Einheit, wobei dort als größte Fläche der Betriebshof Ost der Städtischen Werke liegt.
Dem Planungsamt ist nicht bekannt, wie viele freie Gewerbeflächen derzeit im Stadtteil Unterneustadt vorhanden sind. Vom Hörensagen wissen wir, dass im Hafengebiet die Fläche (oder Teilflächen??) der Spedition Reimer auf dem Markt ist. Über die Größe der freien Gewerbefläche können wir keine Aussage machen.
Im Zusammenhang mit der Suche nach einem Hallenbadstandort war auch eine Teilfläche des Betriebshofes (ca. 20.000 m²) der Städtischen Werke im Gespräch. Ob diese Fläche, die heute noch von den Werken bewirtschaftet wird, auch zum Verkauf oder für andere Nutzungen zur Verfügung steht, ist hier nicht bekannt.
5. **Technologiepark Marbachshöhe - Stellungnahme von Herrn Frohnäpfel, Stadtteilplanung Stadt Kassel:**
 1. Es sind noch 41.300 m² vorhanden - verteilt auf 18 Grundstücken - die Parzellierung kann verändert werden.
 - 2.-5. Es gibt beim BUND prinzipiell keine Reservierungen oder Optionen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Thilo v. Trott zu Solz



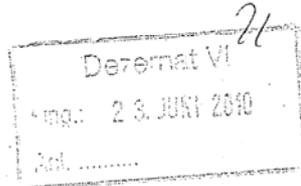
Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 26.08.2010

Beigefügt übersende ich die schriftlichen Antworten zu den Anfragen:

- ~~Gewerbeflächen Kassel, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1749~~
- Verkehrsinsel Kohlenstraße, Anfrage der FDP-Fraktion, 101.16.1732
- ~~Schließung Jugendherberge, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1740~~
- ~~Gewerbeflächenentwicklung in Kassel. Hier: Brauereiflächen, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1761~~
- ~~Folgeentlastung der SVA III („Eiwe“), Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1766~~
- ~~Schäden an der Altmarktbrücke, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1770~~

Dr. Joachim Lohse
Stadtrat

Anlagen



Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 24. Juni 2010
Vorlage-Nr. 101.16.1732, Antrag der FDP-Fraktion
Berichterstatterin: Stadtverordnete Margret Müller

„Verkehrinsel Kohlenstraße

1. Welche genauen Gründe gibt es für den Bau einer Verkehrsinsel in der Kohlenstr. auf der Höhe des Lidl-Marktes?
2. Warum sind die Signalanlagen Am Heimbach und Hupfeldstr., jeweils ca. 200 m entfernt, nicht ausreichend?
3. Wie viele Unfälle mit
 - a) Personenschäden
 - mit Fahrzeug
 - ohne Fahrzeug
 - b) Sachschädengibt es seit Bestehen des Lidl-Marktes?
4. Gab es Verkehrszählungen für diesen Bereich?
Wenn ja, wie lautet das Ergebnis der Verkehrszählung jeweils in beiden Richtungen zu unterschiedlichen Tageszeiten?
5. Werden durch den Rückbau auf eine Fahrspur Verkehrsbehinderungen / ein Rückstau erwartet?
 - a) Ist dadurch mit höherem Verkehrslärm und Schadstoffausstoß zu rechnen?
Wenn ja, wie wird der Magistrat Abhilfe schaffen?
6. Werden Verkehrsverlagerungen auf die Straßen Am Heimbach / Sternbergstraße erwartet?
 - a) Wenn ja, wie wird der Magistrat Abhilfe schaffen?
7. Wann wird mit dem Bau begonnen?
8. Gab es zwischen der Stadt Kassel und dem Discounter Gespräche über eine Kostenbeteiligung an diesem Projekt?
Wenn ja. Mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?"

Stellungnahme

Zu 1. - 3.

Nach dem Bau des Lidl-Marktes vor einigen Jahren wird die Kohlenstraße in Höhe der Pettenkofferstraße verstärkt von Fußgängern überquert. Fußgänger, die Einkaufstaschen tragen, verhalten sich sehr distanzempfindlich. Sie gehen den kürzesten Weg und nehmen daher Sicherheitsdefizite oder höhere Wartezeiten in Kauf.

Die Angebote der mit LSA gesicherten Fußgängerquerungen im Bereich Kohlenstraße - Am Heimbach (einfache Entfernung ca. 260 m) und Kohlenstraße - Hupfeldstraße (einfache Entfernung ca. 190 m) werden in der Regel nicht durch die Kunden des Marktes angenommen.

Eine Zählung der Fußgänger am 10. Juli 2006 hat ergeben, dass die Querungshäufigkeit gerade in den Nachmittagsstunden relativ hoch ist (Spitzenstunde von 17-18 Uhr: 74 Fußgänger).

Bei einer Nacherhebung am 8. September 2008 querten zwischen 17 und 18 Uhr 55 Fußgänger die Kohlenstraße.

Hervorgerufen durch Fußgänger - Kraftfahrzeug-Unfälle besteht nach Informationen der Polizei an dieser Stelle kein Unfallpunkt, dennoch wurde von Anliegern auf OBR-Sitzungen von Unfällen von Kfz mit Fußgängern berichtet.

Aufgrund der Feststellung des Fußgänger-Querungsaufkommens und der hier vorhandenen Bushaltestelle wird von Seiten der Stadt Kassel eine Sicherung des Überquerung der Kohlenstraße angestrebt.

Der Ortsbeirat Wehlheiden wurde in seiner Sitzung am 21. April 2009 angehört und hat der Maßnahme zugestimmt. Die Bau- und Planungskommission hat die Maßnahme in Ihrer Sitzung am 28. Mai 2009 beschlossen.

zu 4.

Zählung 14./15. Juli 2004:

9-10 Uhr 1.660 Kfz (Richtung Innenstadt 1.010 Kfz, Richtung Druselstal 650 Kfz)

17-18 Uhr 2.000 Kfz (Richtung Innenstadt 950 Kfz, Richtung Druselstal 1.050 Kfz)

Zählung 10. Juli 2006:

17-18 Uhr 2.000 Kfz (beide Fahrtrichtungen)

Zählung 8./10. Mai 2007:

17-18 Uhr 2.400 Kfz (Richtung Innenstadt 1.250 Kfz, Richtung Druselstal 1.150 Kfz)

Zählung 8. September 2008:

17-18 Uhr 1.800 Kfz (beide Fahrtrichtungen)

zu 5.

Im Vorfeld der Planung wurden zahlreiche Verkehrszählungen, -beobachtungen und Variantendiskussionen durchgeführt. Die Kohlenstraße wird durch die Mittelinsel lediglich punktuell auf jeweils einen Fahrstreifen pro Richtung eingeengt. Im „Schatten“ der Mittelinsel können sich die Linksabbieger in die Pettenkoferstraße und zum Lidl-Markt aufstellen. Gravierende Verkehrsbehinderungen werden nicht erwartet, da bereits heute die linken (inneren) Fahrstreifen von linksabbiegenden Fahrzeugen zu den Grundstückseinfahrten besonders auch zur Esso-Tankstelle bzw. in der Gegenrichtung zur Aral-Tankstelle und Witrockstraße genutzt werden.

zu 6.

Spürbare Verkehrsverlagerungen auf die Straßen Am Heimbach / Sternbergstraße werden nicht erwartet. Uns liegen Zählungen aus 2009 und aktuelle Werte vor. Diese Werte können als Vorher-Zählung verwendet werden. Nach dem Bau der Verkehrsinsel in der Kohlenstraße erfolgen entsprechende Zählungen, um einen Vergleich vornehmen zu können.

zu 7.

Voraussichtlich in den Sommerferien 2010 wird für die Dauer von ca. drei Wochen der Bau durchgeführt.

zu 8.

Mit einem Vertreter der Lidl-Vertriebs-GmbH & Co. KG wurden Gespräche und ein Ortstermin zur Abstimmung der Planung durchgeführt. Die Lidl-Vertriebs-GmbH legt den Schwerpunkt ihrer unternehmerischen Bemühungen auf die Erreichbarkeit durch Pkw-Kunden. Bei der baurechtlichen Genehmigung des Marktes hat eine finanzielle Beteiligung der Lidl-Vertriebs-GmbH keine Rolle gespielt.



Gunnar Polzin



Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 26.08.2010

Beigefügt übersende ich die schriftlichen Antworten zu den Anfragen:

- ~~Coverflächen Kassel, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1719~~
- ~~Verkehrsmittel Kahlenstraße, Anfrage der FDP-Fraktion, 101.16.1732~~
- Sanierung Jugendherberge, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1743
- ~~Coverflächenentwicklung in Kassel. Hier: Dachflächen. Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1761~~
- ~~Folgenutzung der JVA III („Eiwe“), Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1762~~
- ~~Schäden an der Altmarktbrücke, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1773~~

Dr. Joachim Lohse
Stadtrat

Anlagen

Sanierung Jugendherberge
Anfrage der CDU-Fraktion, Vorlage-Nr. 101.16.1743

Frage 1: Wie hoch wäre der nun der regionalen Wirtschaft möglicherweise als Auftragsvolumen entgangene Anteil (in Euro) gewesen, den der Trägerverein der Jugendherberge für eine Sanierung bereitgestellt hätte?

Antwort: Um die Sanierung der Jugendherberge in Abstimmung mit dem Deutschen Jugendherbergsverband (DJH) vorbereiten und planen zu können, wurden städtische Mittel in Höhe von 120.000 € als Komplementärmittel für einen vom DJH zugesagten Finanzierungsanteil von 180.000 € zur Veränderungsliste 2010 angemeldet. Damit hätten für Planungen bis zur Baugenehmigungsreife insgesamt 300.000 € zur Verfügung gestanden. Die Stadt Kassel war jedoch angesichts der Kreditbegrenzung und der strengen Auflagen für den Investitionshaushalt nicht in der Lage, diesen Kostenanteil für die aus städtischer Sicht notwendige Modernisierung bzw. für deren Planung in den Haushalt aufzunehmen.

Frage 2: Wann wurde letztmalig mit dem Trägerverein über das Sanierungsvorhaben gesprochen und mit welchem Ergebnis?

Antwort: Es fand ein Gespräch am 10.11.2009 zwischen dem Vorstandsvorsitzenden des DJH und - VI - statt, in dem die Kostenteilung der oben genannten Planungskosten abgestimmt wurde. Am 23.02.2010 wurde der DJH schriftlich darüber informiert, dass eine Aufnahme des städtischen Finanzierungsanteils in den Haushalt derzeit nicht möglich ist.

Frage 3: Welche zeitliche Perspektive sieht der Magistrat für die Umsetzung des Sanierungsvorhabens?

Antwort: Die Veranschlagung im Haushalt ist abhängig vom Kreditrahmen und von der Priorisierung anderer Investitionsvorhaben.

Frage 4: Wie bewertet der Magistrat die Bedeutung von Kassels einziger Jugendherberge als preiswerte Übernachtungsmöglichkeit für junge Menschen?

Antwort: Mit jährlich rund 27.000 Übernachtungen gehört die Jugendherberge zu den größten Anbietern in Kassel.

Im Vergleich zur Hotellerie zeichnet sich die Jugendherberge durch ein konstant günstiges Preisniveau aus. Dies ist für die Zielgruppen Familien, Jugend- und Schulgruppen sowie junge Individualreisende besonders wichtig. Im Hinblick auf die für Kassel zentralen kulturtouristischen Themen wie Bergpark, Museumslandschaft, documenta, Brüder Grimm kommt der Jugendherberge eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt auch bei populären Reiseanlässen wie der Connichi oder dem Kassel Marathon.

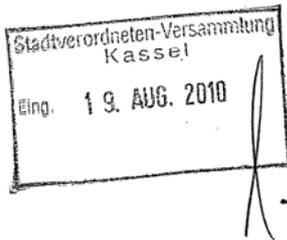
Als national und international bekannte Marke mit einer erlebnispädagogischen Ausrichtung trägt die Einrichtung „Jugendherberge“ dazu bei, Kassel als Reiseziel zu positionieren und mit einem positiven Image zu beleben.

Im Rahmen der internationalen Jugendbegegnungen wird die Jugendherberge gerne für ausländische Gruppen genutzt. Die Rückmeldungen der internationalen Jugendgruppen und deren Leitungen sind voll des Lobes über das Organisationsteam der Jugendherberge. Alle Rückmeldungen sind ausschließlich positiv. Dies nicht nur wegen der preisgünstigen Unterbringung, sondern vor allem wegen der Möglichkeit, Gruppenräume, Aufenthaltsräume und das Außengelände zu nutzen.

Ein weiterer großer Vorteil ist die Lage der Jugendherberge, da diese sehr zentral liegt und gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist.

Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung der Jugendherberge als sehr hoch einzuschätzen.

K. Müller



Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 26.08.2010

Beigefügt übersende ich die schriftlichen Antworten zu den Anfragen:

- ~~Gewerbeflächen Kassel, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1719~~
- ~~Verkehrinsel Kohlenstraße, Anfrage der FDP-Fraktion, 101.16.1732~~
- ~~Sanierung Jugendherberge, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1743~~
- Gewerbeflächenentwicklung in Kassel. Hier Brachflächen., Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1761
- ~~Folgenutzung der JVA in „Lilje“, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1763~~
- ~~Schäden an der Altmarktbrücke, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1779~~

Dr. Joachim Lohse
Stadtrat

Anlagen

U

Astev 24.06.2010
Vorlage Nr. 101.16.761
„Gewerbeflächenentwicklung in Kassel
hier Brachflächen“

Stellungnahme:

Frage 1.: Wie stellt sich der aktuelle Sachstand der Gewerbebrachflächen dar?

Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.2.2006 (Vorlage 101.15.1539, Beschluss Nr. 1776) sollte eine Städtebauliche Bestandsaufnahme und Entwicklungsplanung für Brachflächen erarbeitet werden. Dem Beschluss wurde gefolgt. Im Bereich Stadtplanung wurde für die notwendigen Arbeiten eigens eine ganze Personalkraft abgestellt und beauftragt, die notwendigen Untersuchungen durchzuführen.

Die Untersuchung hat einen fortgeschrittenen Stand in der Phase I, der Bestandsaufnahme. Insgesamt wurden über alle Stadtteile hinweg und ab einer Grundstücksgröße ab 2.000 qm alle potentiellen Flächen betrachtet und mit den wesentlichen Merkmalen zu Größe, Eigentumsverhältnisse, Bruttogeschossfläche, Planungsrecht, aktuelle Nutzungen, Erkenntnisse aus der „Planungsgeschichte“ systematisch erfasst. Insgesamt wurden 156 Grundstücke mit einer Grundstücksfläche von 206.000 qm in die Untersuchung einbezogen.

Eine erste Analyse und Bewertung hat ergeben, dass es fast keine auf dem Markt verfügbaren Gewerbebrachen gibt, die einer Reaktivierung zugänglich sind. Dies hat vor allem zwei Gründe: Wirtschaftliche Nutzungen sind nicht immer „high-tech-Nutzungen“ am oberen Ende des betriebswirtschaftlichen Erfolgs, sondern in einer differenzierten Stadtwirtschaft gibt es sehr vielfältige Nutzungen. So findet man z.B. häufig zwar minder genutzte, bebaute Liegenschaften, die jedoch dem Eigentümer oder Mieter/Pächter eine offenbar ausreichende wirtschaftliche Existenzgrundlage bieten bzw. keinen Anlass zur Mobilisierung bzw. Entwicklung geben. So sind z.B. auch Lagerflächen im Zeitalter der logistischen Optimierung der Volkswirtschaft notwendige und rentable Flächen und werden ja auch bekanntlich in großem Stil neu gebaut. Tatsächlich im Einzelfall leer stehende Gebäude werden von den Eigentümern absolut nicht als Brachen gesehen, sondern als wirtschaftlich aktive Einheiten mit entsprechendem bilanziellen Wert. Daher wird oft zunächst der Weg der Vermietung angestrebt; der Kaufpreis einer Veräußerung bemisst sich in der Regel an dem bilanziellen Wert (Grundstückswert + Gebäudewert). Damit wird ein Erwartungswert gebildet, der eine weitere Entwicklung oder einen „billigen“ Verkauf ausschließt.

In einem nächsten Arbeitsschritt ist zunächst eine EDV-gestützte Dokumentation der Untersuchungsergebnisse vorgesehen. In einem weiteren Arbeitsschritt soll für jedes Grundstück, für das eine potentielle Entwicklungsfähigkeit identifiziert werden konnte, untersucht und angegeben werden, in welche Richtung die Entwicklung erfolgen sollte und mit welchen Instrumenten die Entwicklung gefördert werden könnte.

Frage 2.: Welche Veränderungen gibt es seit 2005? (Antwort vom 07.03.2005 von -63- auf Vorlage Nr. 107.15.22)

Für die großen allseits bekannten Industrie- und Verkehrsbrachenstandorte kann aufgrund der aktiven Entwicklungsbemühungen der Stadt Kassel folgender aktualisierter Sachstand berichtet werden:

Bahnhof Bettenhausen

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn-AG wurden mittels eines gemeinsam finanzierten Städtebaulichen Rahmenkonzeptes Umfang und Kosten einer gewerblichen Standortentwicklung geklärt. Daraufhin wurde das entsprechende Bauleitplanverfahren eingeleitet. In der Zwischenzeit gab es einen Eigentümerwechsel hin zur Aurelis. Nach der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Bebauungsplanverfahren hatte die Eigentümerin Aurelis in Abstimmung mit der DB-Netz AG dem zuvor abgestimmten Flächenkonzept widersprochen und eine weitaus größere Flächeninanspruchnahme für Bahnflächen begründet. Dieser neue Anspruch war flächenmäßig derart gravierend, dass eine gewerbliche Standortentwicklung praktisch nicht mehr möglich war. Das Bauleitplanverfahren wurde somit in 2007 eingestellt.

Bahnhof Unterstadt

Für das Areal Bahnhof Unterstadt stellt sich die Lage gegenüber dem Berichtsstand von 2005 leider unverändert dar. Auch die seit Beginn 2008 neue Eigentümerin der Flächen, die Aurelis Asset GmbH (vormals Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG), hat bisher keine Mitwirkungsbereitschaft signalisiert, sich an der Standortentwicklung der Fläche finanziell zu beteiligen. Ebenso wurde das notwendige Entwidmungsverfahren bisher nicht eingeleitet, so dass unter diesen Bedingungen eine Revitalisierung der Flächen nicht möglich ist.

Areal Thyssen-Henschel Rothenditmold

Der alte Thyssen-Henschel-Standort in Rothenditmold mit seiner denkmalgeschützten Bausubstanz lässt zunächst einmal keine Standortentwicklung für mittlere und größere Industrie- und Gewerbebetriebe zu. Hier kann aktuell hinzugefügt werden, dass das Areal sich in großen Teilen nicht nur in Nutzung befindet, sondern dass auch ein Eigentumsübergang stattgefunden hat. Aufgrund der hiesigen Kenntnis des Kaufpreises weit jenseits des Bodenrichtwertes kann derzeit nur festgestellt werden, dass eine Städtebauliche Entwicklung auf der Basis der vorliegenden Masterplanung absolut ausgeschlossen werden muss. Allein für die Entwicklung dieses Standortes einschließlich Grunderwerb muss aus heutiger Sicht von Kosten ganz deutlich über 25 Mio. Euro ausgegangen werden. Es kann aber auch festgestellt werden, dass die derzeitige Nutzung ganz offenbar eine aktive, rentierliche Nutzung ist, denn ohne diesen Sachverhalt wäre der Kaufpreis sicher nicht möglich gewesen.

Hauptbahnhof Nordseite

Das im Eigentum verschiedener Gesellschaften der Deutschen Bahn befindliche und noch als Bahnfläche gewidmete Gebiet nördlich des Gleisfeldes des Hauptbahnhofs (Kulturbahnhofs) war im Rahmen der „Masterplanung Rothenditmold / Hauptbahnhof“ (beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung am 10.12. 2001) hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten unter Mitwirkung der Eigentümer untersucht worden. In den „Vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet Rothenditmold – Hauptbahnhof“ wurde Anfang 2004 die Untersuchung fortgeschrieben mit folgendem Ergebnis:

„Für die Entwicklungsflächen nördlich des Gleisfelds wird eine Neuordnung mit weitgehendem Abbruch der vorhandenen Gebäude empfohlen. Hier ist eine kleinteilige Grundstruktur für ein innerstädtisches Gewerbegebiet überwiegend im Nutzungsspektrum Kleingewerbe / Handwerk und soweit möglich auch Dienstleistungen vorgesehen. Die Grundstruktur erlaubt flexible, individuell an der Nachfrage orientierte Grundstücksgrößen zwischen 1.500 qm und 20.000 qm. Mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan (beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2010) bietet sich nun, in Abstimmung und unter Mitwirkung der Bahn, die Möglichkeit, für das ca. 7,5 ha große Areal eine geordnete städtebauliche Entwicklung mit den Schwerpunkten Dienstleistungsnutzungen (insbesondere durch das Fraunhofer Institut), nichtstörendes Kleingewerbe sowie speziell kulturwirtschaftliche Nutzungen einzuleiten.“

Weitere Beispiele für Standortentwicklungen

Erfolge sind möglich wenn die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer da ist und neue private Vorhaben an den Standort herangetragen werden. Daraufhin können kooperative Entwicklungsprozesse begonnen, Zuwendungen gesichert und Verträge geschlossen werden.

Konversion Jägerkaserne

Für den vorderen östlichen Teil des ehemaligen Kasernengeländes (ca. 4,6 ha) hat die Eigentümerin, das Bundesamt für Immobilienaufgaben, vor wenigen Tagen die verbindliche Zustimmung zur städtebaulichen Entwicklung des Areals signalisiert. Auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie sollen nun bis zum Ende des Jahres die Möglichkeiten für die Nutzung bzw. bauliche Erweiterung geprüft und städtebauliche Varianten aufgezeigt werden. Im weiteren Verfahren ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes vorgesehen.

Campus Nord und Science-Park

In enger Zusammenarbeit mit der Hochschule wird die Umnutzung ehemals gewerblicher Flächen (Gottschalk-Gelände und Kohlen Koch, insgesamt ca. 10,0 ha) für die weitere Hochschulstandortentwicklung planungsrechtlich vorbereitet. Der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan ist für Dezember 2010 avisiert.

Quartier Erzbergerstraße/ Werner-Hilpert-Straße

In unmittelbarer Nähe zum Kulturbahnhof sollen durch privatwirtschaftliche Initiative derzeit untergenutzte Grundstücke und Gebäude einer neuen gebietsverträglichen Nutzung zugeführt werden. Um in dem durch Gewerbe, Wohnnutzungen und kulturwirtschaftliche Einrichtungen geprägten Baublock (ca. 1,7 ha) eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2010 die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.

Quartier Wolfhager Straße/ Erzbergerstraße

Auch für diesen Quartiersblock (ca. 1,8 ha) ist eine Nutzung aus Wohnen, Gewerbe und ersten Ansätzen einer kulturwirtschaftlichen Nutzung kennzeichnend. Im zentralen Bereich liegt der mittlerweile aufgegebene Standort eines ehemaligen Bekleidungsunternehmens, weitere benachbarte Grundstücke liegen derzeit brach. Um auch hier für die untergenutzten Grundstücke und Gebäude eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2010 die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.

Salzmann-Gelände

Seit 2008 bereitet der Eigentümer in enger Abstimmung mit der Stadt Kassel die Entwicklung des Standortes mit einer Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudealtbestandes und einer zentralen Ergänzungsnutzung durch Bau einer Multifunktionshalle vor. Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 07.09.2009 gefasst. Derzeit werden die vorbereitenden Untersuchungen zur

Verkehrerschließung bzw. zur Beurteilung der schalltechnischen Auswirkungen gutachterlich erstellt.

Frage 3.: Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, diese Brachflächen zu aktivieren?

Die Stadt Kassel blickt mittlerweile auf eine ganze Reihe erfolgreicher Standort- und Brachflächenentwicklungen zurück und bietet auf dieser Basis interessierten Standorteigentümern eine fachlich fundierte und erfahrene Entwicklungspartnerschaft an. Die Stadt erstellt Rahmenkonzepte, Standortplanungen sowie Maßnahmen- und Kostenermittlungen. Sie wirkt an der Finanzierungsplanung mit und betreibt sofern möglich die Fördermittel-Aktivierung. Stadt und Wirtschaftsförderung wirken an der projektbezogenen Interessenten-Koordination vor Ort mit und sind damit aktive Kooperations-Partner für Standorteigentümer.

Jedoch muss einschränkend hinzugefügt werden, dass die Stadt insgesamt nur einen relativ geringen Einfluss darauf hat, wie und ob private Flächen entwickelt und vermarktet werden. Sie kann auch keinen Einfluss auf Mietpreisverhandlungen nehmen, die oft über Erfolg oder Nichterfolg bei Vermarktungen entscheiden.

Frage 4.: Sieht der Magistrat Möglichkeiten, mit den Zweckverbandsgemeinden einen gemeinsamen Brachflächenpool zu schaffen?

Die Idee zur Einrichtung eines gemeinsamen Brachflächenpools wird grundsätzlich seitens der Stadt begrüßt. Jedoch werden die Möglichkeiten einer Realisierung als gering bewertet.

Zentraler Zweck eines Brachflächenpools wäre der Ankauf nicht-entwicklungsfähiger Flächen, ggf. erweitert um den Zweck der Sanierung (z.B. von Altlasten) und einer Freimachung des Grundstückes vorbereitend für eine Vermarktung. Hierfür wäre die Bereitstellung hoher finanzieller Beträge als Vorfinanzierung erforderlich. Eine Refinanzierung aus dem Verkauf der Grundstücke ist dafür zwingend erforderlich, aber nicht immer garantiert zu erwarten.

Daneben setzen andere Kommunen verstärkt auf eine Eigenentwicklung von Gewerbeflächen (z.B. Niestetal und Baunatal) ohne interkommunale Kooperationsbeziehungen.

Aufgrund der in den Zweckverbandsgemeinden unterschiedlichen Flächenreserven und der damit verbundenen unterschiedlichen Interessenslagen und Vorgehensweisen wird derzeit nicht davon ausgegangen, dass ein gemeinsamer und von allen Verbandsgemeinden finanziell zu tragender Brachflächenpool realisiert werden kann. Entsprechende Signale fehlen vollständig.

Ebenso beachtlich hierbei ist, dass in der Praxis die gewerblichen Grundstücke seitens der Eigentümer mit hohen bilanzbuchhalterischen Werten veranschlagt werden, wodurch für eine Überführung von Flächen in einen kommunalen Brachflächenpool immense finanzielle Beträge eingesetzt werden müssten, die mit großer Wahrscheinlichkeit durch Entwicklung und Vermarktung nie gegenfinanziert werden könnten.

Frage 5.: Welche Chancen räumt der Magistrat einer Initiative ein, auf den Landesgesetzgeber einzuwirken, Mittel für einen Brachflächenpool zur Verfügung zu stellen?

Angesichts der derzeitigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landeshaushaltes wird überhaupt gar keine Chance gesehen, Mittel für einen Brachflächenpool aktivieren zu können. Auf eine Initiative der Stadt Kassel in den Jahren vor 2005 bei damals deutlich besseren finanziellen Rahmenbedingungen erfolgte keine positive Reaktion des Landes. Aus europäischen Mitteln ist eine Finanzierung nicht möglich, da der Grunderwerb in den Richtlinien zur Förderung der regionalen Entwicklung ausgeschlossen wurde.

Frage 6.: Gibt es aktuelle Möglichkeiten, Fördermittel für Brachflächensanierung zu akquirieren?

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 können seitens der Kommunen EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Revitalisierung von Industrie-, Militär- und Verkehrsbrachen beantragt werden, sofern sie sich im kommunalen Eigentum befinden. Für die Aktivierung von Gewerbebrachen in Privatbesitz stehen faktisch keine Fördermöglichkeiten zur Verfügung.


Flore



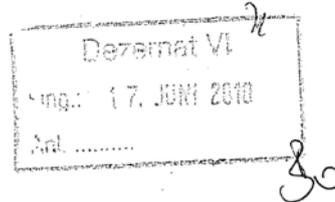
Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 26.08.2010

Beigefügt übersende ich die schriftlichen Antworten zu den Anfragen:

- ~~Gewerbeflächen Kassel, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1719~~
- ~~Verkehrinsel Kohlenstraße, Anfrage der FDP-Fraktion, 101.16.1732~~
- ~~Schnierung Jugendherberge, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1743~~
- ~~Gewerbeflächenentwicklung in Kassel: Hier Brachflächen., Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1764~~
- Folgenutzung der JVA III („Elwe“), Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1763
- ~~Schäden an der Altmarktbücke, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1773~~

Dr. Joachim Lohse
Stadtrat

Anlagen



WV: 24.06.10
ASTEUV

Anfrage
Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr
Vorlage Nr. 101.16.1763
Fragesteller: Dieter Beig, Fraktion der Bündnis90/DIE GRÜNEN

„Folgenutzung der JVA III („Elwe““

Stellungnahme:

1. Was hat die Stadt Kassel bislang unternommen, um mit dem Land Hessen über eine Folgenutzung o. a. Immobilie zu verhandeln?

Die Stadt Kassel hat nach Bekanntwerden der Aufgabe als Justizvollzugsanstalt umgehend mit den für die Verwaltung von Landesimmobilien zuständige Hessisches Immobilienmanagement Kontakt aufgenommen. Nachricht von dort war, dass das Hessische Justizministerium die Liegenschaft frühestens im Spätsommer 2010 in die Verwaltung des Hessischen Immobilienmanagements übergeben kann, und erst ab diesem Zeitpunkt konkrete Verhandlungen über mögliche Folgenutzungen möglich sind.

Es ist aber bekannt, dass dem Justizministerium einige Anfragen von Interessenten vorliegen, das Gebäude entweder erwerben oder mieten wollen, es ist allerdings nicht zu erfahren, zu welchem Nutzungszweck.

2. Zu welchen Ergebnissen haben Gespräche mit dem Ortsbeirat und der Universität geführt?

In einer Sitzung des Ortsbeirates Unterneustadt Anfang des Jahres hat eine Studentengruppe der Universität Ergebnisse eines von ihr erarbeiteten Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes dargestellt. Im Rahmen dieses Gespräches wurde eine Kooperation zwischen Ortsbeirat, Universität und Bauverwaltung verabredet. Ergebnis einer kürzlich geführten Unterredung zwischen der Bauverwaltung, dem Ortsvorsteher und einem Vertreter der Universität hat zu dem Ergebnis geführt, dass zunächst gemeinsam die Grundlage eines Entwicklungskonzeptes erarbeitet werden müssen, sowohl die Gesamtentwicklung des Hafenviertels betreffend, als auch im engeren Bereich zwischen Sommerweg und Pulvermühlenweg, wo beabsichtigt ist, einen studentischen Wettbewerb auszuschreiben, um dort städtebauliche Entwürfe für eine künftige Entwicklung zu erlangen.

3. Hat der Magistrat eigene Vorstellungen über die Folgenutzung?

Es ist beabsichtigt, nach Übergabe der Justizvollzugsanstalt das Hessische Immobilienmanagement mit allen Partnern nach Möglichkeiten der Folgenutzung zu suchen.

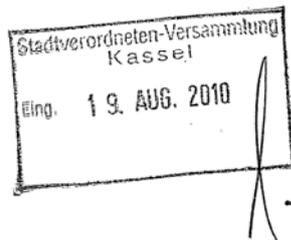
4. Kann der Sportraum (150 m³) kurzfristig für Schulen und Vereine genutzt werden?

Die Anfrage ist jetzt nicht zu beantworten, nach unseren Informationen vermietet das Hessische Justizministerium keine Räume in seinen Liegenschaften an Dritte.

5. Wie ist der Stand für ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept des gesamten Areals von Wallstraße / Pulvermühlenweg bis zum Sommerweg?

Dies wurde in der Antwort zu Punkt 2 weitgehend abgehandelt. Es wurde Abstimmung zwischen der Hochschule, dem Ortsvorsteher und der Bauverwaltung verabredet, dass Studierende der Uni Kassel, im Rahmen einer Studienarbeit, Grundlagen für eine Wettbewerbsaus-schreibung erarbeiten.


Spangenberg



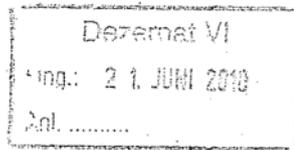
Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 26.08.2010

Beigefügt übersende ich die schriftlichen Antworten zu den Anfragen:

- ~~Gewerbeflächen Kassel, Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1716~~
- ~~Verkehrseisell Kehlenstraße, Anfrage der FDP-Fraktion, 101.16.1722~~
- ~~Sanierung Jugendherberge, Anfrage der ODB-Fraktion, 101.16.1743~~
- ~~Gewerbeflächenentwicklung in Kassel. Hier Brachflächen., Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1764~~
- ~~Folgerutung der IVa III („Eh...“), Anfrage der Fraktion B90/Grüne, 101.16.1769~~
- Schäden an der Altmarktbrücke, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.16.1773

Dr. Joachim Lohse
Stadtrat

Anlagen



20

Antrag zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 24. Juni 2010, Anfrage der Fraktion der „CDU-Fraktion, Fragesteller: Stadtverordneter Dominique Kalb, Vorlage-Nr. 101.16.1773

Schäden an der Altmarktbrücke

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass an der Fuldabrücke (Altmarkt) massive Bauwerkschäden festgestellt wurden?
2. Wann wurden diese festgestellt?
3. Um welche Art von Schäden handelt es sich?
4. Wird die Tragfähigkeit der Brücke so beeinträchtigt, dass eine Ablastung analog zur Hafibrücke erforderlich werden könnte?
5. Welche Maßnahmen plant der Magistrat in welchem Zeitraum, um die Tragfähigkeit der Brücke sicherzustellen?
6. Was würde eine Beseitigung der Schäden kosten?

Durch die Sperrung der Hafibrücke für Lkws über 18 t, zeitweise auch über 3,5 t, ist eine erhebliche Verlagerung dieses Lkw-Verkehrs auf die Altmarktbrücke eingetreten.

Diese Verlagerung hat zu diesen massiven Schäden an der Gussasphaltdeckschicht und der Gussasphaltabdichtung auf der Brücke geführt. Diese Schäden müssen und sollen im Rahmen des Projektes Umbau Altmarkt beseitigt werden.

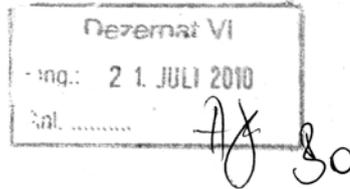
Die Standsicherheit der Brücke ist nicht gefährdet, insofern ist eine Beantwortung der Fragen 4 und 5 nicht erforderlich.

Die Beseitigung der Deformationen im Fahrbahnbelag der Altmarktbrücke erfordern einen Kostenaufwand von ca. 100.000,00 €. Die Kosten werden aus den Ansätzen des allgemeinen Haushaltes von - 66 - getragen.

Gunnar Polzin

WU: ATEV

- VI -



Astev am 26.08.2010
Vorlage Nr. 101.16.1785
„Interkommunales Gewerbegebiet Flughafen Kassel-Calden“

Stellungnahme:

Die Fragen können zusammenfassend werden.

Nach Auskunft des Geschäftsführers des Zweckverbandes Raum Kassel besteht ein Prüfauftrag, ob bzw. in welcher Weise ein interkommunales Gewerbegebiet auf den Flächen des heutigen Flugplatzareals entwickelt werden kann.

Der von der Wirtschaftsförderung zu diesem Thema durchgeführte Workshop hat noch keine abschließenden Ergebnisse gebracht.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Calden wird in ihrer Sitzung am 30.08.2010 einen Grundsatzbeschluss fassen zur Aufnahme von Verhandlungen bzw. Untersuchungen für ein interkommunales Gewerbegebiet Flughafen Kassel-Calden.


Spangenberg